



Positionspapier

Gemeinwohl-Ökonomie und Gemeinwohl-Bilanzierung

Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) beschreibt eine soziale, ökologische, liberale und ethische Marktwirtschaft, die nicht auf Gewinnstreben und Konkurrenz beruht, sondern auf Gemeinwohl-Streben und Kooperation. Menschenwürde, Solidarität, Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitbestimmung sind dabei die zentralen Werte. Mit aus diesen Werten abgeleiteten Indikatoren berichten Unternehmen, Gemeinden und Bildungseinrichtungen in sogenannten „Gemeinwohl-Bilanzen“ – ergänzend zur gesetzmäßigen Bilanzierung nach International Financial Reporting Standards (IFRS) und Handelsgesetzbuch (HGB) - über ihren Beitrag zur Mehrung des Gemeinwohls. Die Bewegung versteht sich als ergebnisoffener, partizipativer, lokal wachsender Prozess mit globaler Ausstrahlung. In Baden-Württemberg gibt es bereits rund 40 Mitgliedsunternehmen, 16 Lokalgruppen und einen Landesverein.

Positionierung und Forderungen

- Die SPD-Landtagsfraktion erkennt in der Gemeinwohl-Ökonomie das Zusammenbringen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Belange eines Wirtschaftsmodells, das in starkem Maß mit den Grundwerten der SPD Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einhergeht und auf den Erfahrungen der Genossenschaftsbewegung aufbaut.
- Die SPD-Landtagsfraktion ist der Auffassung, dass die Landesregierung die Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie und ihr im Koalitionsvertrag vereinbartes „Pilotprojekt Gemeinwohl-Bilanz“ nicht ernsthaft verfolgt.
- Die auf Antrag der Fraktion (Drucksache 16/ 4643) dargelegten Pläne der Landesregierung, als Pilotprojekt eine Gemeinwohl-Bilanz für die Staatswaldbewirtschaftung zu entwickeln – parallel zum Prozess der Forstneuorganisation – hält die Fraktion für unrealistisch und zudem aufgrund der öffentlich-rechtlichen Rechtsform von Forst BW mit der geplanten Umwandlung zu einer Anstalt des Öffentlichen Rechts und der dadurch fehlenden Anschlussfähigkeit als „Best-Practice-Modell“ für privatwirtschaftliche Unter-

nehmen für ungeeignet. Mit der Auswahl von Forst BW für das Pilotprojekt hat die Landesregierung die Chance vertan, noch in der aktuellen Legislaturperiode exemplarisch zumindest eine aussagekräftige und zukunftsweisende Gemeinwohl-Bilanz vorzulegen.

- Die SPD-Landtagsfraktion erhebt den Anspruch an die Landesregierung, als ersten Schritt eine Gemeinwohl-Bilanzierung in einem privatrechtlichen Unternehmen mit Landesbeteiligung durchzuführen. In ihrem Koalitionsvertrag hat die Landesregierung sich zum Ziel gesetzt, „bei einem Unternehmen mit Landesbeteiligung dessen Wertschöpfung umfassend und transparent dar[zu]stellen“ und diese Erkenntnisse „privatwirtschaftlichen Betrieben, die dies wünschen, zur Verfügung [zu] stellen und so Unternehmen [zu] fördern, die ihr wirtschaftliches Handeln mit Hilfe einer Gemeinwohlabilanz neu ausrichten möchten.“ Die SPD-Landtagsfraktion ist der Auffassung, dass ein solches Best-Practice-Beispiel für privatwirtschaftliche Betriebe nur dann von Nutzen ist, wenn das Pilotprojekt des Landes in einem Unternehmen durchgeführt wird, welches selbst in einem kompetitiven Marktumfeld tätig ist.
- Um solche Unternehmen, die ihr wirtschaftliches Handeln mit Hilfe einer Gemeinwohlabilanz reflektieren möchten, zielgerichtet zu fördern, sollte die Teilnahme an Workshops zur Gemeinwohlabilanzierung nach dem Vorbild der österreichischen Bundesländer Wien, Steiermark, Salzburg und Vorarlberg bezuschusst werden.
- Die Fraktion hält darüber hinaus einen Erfahrungsaustausch mit den genannten österreichischen Landesregierungen bezüglich der Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie für sinnvoll und fordert daher die baden-württembergische Landesregierung auf, entsprechende Kontakte aufzunehmen.
- Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Gemeinderatsbeschlüsse und die zum Teil bereits abgeschlossenen Gemeinwohlabilanzierungsprojekte von kommunalen Betrieben der Städte Stuttgart und Mannheim. Sie hält das Thema auch in Hinblick auf die Kommunalwahlen im Jahr 2019 für relevant und wird diesbezüglich mit den SPD-Gemeinderats- und Kreistagsfraktionen ins Gespräch kommen.

13. November 2018

Gabi Rolland MdL, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Dr. Boris Weirauch MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Nils Opitz-Leifheit, Parlamentarischer Berater